

Volkswirtschaft.

Das Wirtschaftsleben der Ukraina.

— Telegramm unseres Kriegsberichterstatters. —
(Vom Kriegspressequartier genehmigt.)

Odessa, Anfang Mai.

Der glatte Verlauf der ukrainischen Bewegung hat deutlich gezeigt, wie gering die Anhängererschaft der gestürzten Rada im Lande war. Schon der erste Umsturz in Odessa Mitte Januar, der die Bolschewiki aus Ruder brachte, hatte dort wenig Betrübnis hervorgerufen und erst der Terror, den die maximalistischen Matrosen der Schwarzen-See-Flotte ausübten, ließ den Wunsch nach einer neuerlichen Aenderung der Verhältnisse und dem Einmarsch verbündeter Truppen rege werden. Der Rada wurde damals vorgeworfen, daß sie im alten Schlandrian fortfahre und an Stelle der Intoleranz des Parentums kleinrussische Intoleranz setze, auch verübte man ihr, daß sie bei ihrem Projekt der völkischen Selbstverwaltung zwar Weißrussen, Moldauer, Tataren, Juden, ja selbst Tschechen berücksichtige, nicht aber die Großrussen und die zahlreichen, sehr tätigen deutschen Kolonisten. Große Unregung rief an manchen Orten auch der Versuch hervor, unter allen Umständen die ukrainische Sprache einzuführen. In Odessa lehnte man rundweg ab, sich ihrer zu bedienen. Nachdem anfänglich die amtlichen Kundmachungen in kleinrussischer Sprache erschienen waren, trat an ihre Stelle bald wieder das Russische. Auch die Presse weigerte sich, die sprachlichen Befehle der Rada zu befolgen.

Das rasche Ende der jetzt gestürzten Rada aber war von allen politisch informierten Kreisen unmittelbar nach dem Erlaß des ukrainischen Landgesetzes prophezeit worden, das nun durch die Beschlüsse des Bauernkongresses so völlig umgestoßen wurde. Die Mehrzahl der nicht sozialrevolutionär gesinnten Blätter nahm dieses Gesetz, das von der Rada erst Ende März den Landkomitees übermittleit worden war, mit Hohn auf, selbst die vorläufigen Odessaer deutschen Zeitungen nannten den Erlaß eine Kuriosität, kein Gesetz. Der Annahme durch die Rada gingen sehr lebhaft Debatten voraus. Schon vorher war auf der Basis des dritten Universaliums von dem sozialdemokratischen Ministerium Winitshenko ein Agrargesetzentwurf vorgelegt worden. Dieser fand aber keine Gnade und brachte das Ministerium zu Fall. Die Regierung Holubowitsch arbeitete dann das neue Landgesetz aus, das von der Rada gutgeheißen worden ist. Bemerkenswert an diesem Gesetz ist namentlich der Umstand, daß es unendlich viel weiter geht als die in dem dritten Universalium feierlich festgesetzten Grundzüge. Das Universalium hatte die Aufhebung des Eigentumsrechtes nur an solchen Ländereien ausgesprochen, die durch gemietete Arbeitskräfte bewirtschaftet wurden. Alle anderen sogenannten Arbeitswirtschaften sollten Eigentum ihrer Besitzer bleiben. Von der Enteignung sollten auch die im Besitze von Kommunen befindlichen Ländereien, desgleichen die zu Villen, Fabriken usw. gehörenden Landstücke, Gemüsegärten ausgenommen sein. Ganz anders das Agrargesetz. Es hob vorbehaltlos jegliches Eigentumsrecht an allen Ländereien, ohne Rücksicht auf Größe und Besitzer, auf. Es wurde also nicht nur der Großgrundbesitz verstaatlicht, sondern auch öffentliches Bauernanteilland, nicht nur Land, das mit Hilfe von Mietkräften bebaut, sondern auch solches, das mit eigener Kraft bewirtschaftet wurde. Auch städtischer Grundbesitz, Fabrikeigentum wurde ohne jegliche Entschädigung als Eigentum der ukrainischen Volksrepublik erklärt und den Organen der städtischen Selbstverwaltung, den Dorfgemeinden und den Landkomitees zur Arbeitszunahme übergeben. Ausnahmen galten nur in sehr beschränktem Umfang für Besitzer von Gärten, Weinbergen und Hopfenanlagen, soweit sie ihre Grundstücke mit eigenen Händen bearbeiten konnten. Gleichzeitig mit dem Land wurde auch das tote und lebende Inventar samt den Gebäuden nationalisiert, mit Ausnahme dessen, was den Besitzern zum Lebensunterhalt, zur privaten Arbeitswirtschaft, beziehungsweise zu kommerziellen und industriellen Unternehmungen unumgänglich notwendig war. Die gleichen Prinzipien sollten für den Hausbesitz in den Städten gelten. Es kam aber nicht zur Durchführung dieser Maßregel. Hier war der Widerstand gegen die Verfügungen der Rada von Anfang an sehr groß. Hatte die städtische Selbstverwaltung von Odessa es abgelehnt, im Sinne der Kiewer Zentralregierung zu wirtschaften, so hielten sich auch

große Interessentengruppen nicht an deren Weisungen. Das mußte naturgemäß zu einem Chaos im Wirtschaftsleben führen.

Nur fähbarsten zeigte sich dies in Bank- und Geldwesen, das ohnehin schon recht eigenlich anaratische Zustände aufgewiesen hatte. Beispielsweise löst seit Mitte April die Odessaer Staatsbankfiliale wieder die Kupons der inneren Anleihen Großrusslands ein, und zwar auch diejenigen der verschiedenen Kriegsanleihen und der Kerenskiischen Freiheitsanleihe. Dagegen ist es für Leute, die ein Guthaben bei den Banken besitzen, infolge des Geldmangels sehr schwer, Abhebungen vorzunehmen. Sie müssen zu diesem Zweck akzeptierte Schecks der Staatsbank entgegennehmen, die aber höchstens auf tausend Rubel lauten dürfen und nur unter Abzug von einem Prozent eingelöst werden. Eine der Hauptaufgaben des neuen Regimes wird es sein müssen, das Geldwesen, das im Vereine mit einer alle Schranken niederreißenden wilden Spekulation und einer enormen Steigerung der Löhne zu einer unerhörten Zuerung geführt hat, irgendwie zu regulieren. Es ist heute absolut unmöglich, sich in dem Wirrwarr von Zahlungsmitteln, d. h. Papiergeld auszukennen. Obgleich vierzig Milliarden Rubel in Umlauf sind, sieht man nur äußerlich den Rubel, die fast alle in den Besitz der Bauern übergegangen sind und von diesen nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Als Ersatz dienen alle möglichen Behelfe. Da sind die kleinen unscheinbaren Kerenskirubel, die vielfach gefälscht wurden, dann die Karbonkwan der Rada, die neben ukrainischer, russischer und polnischer Aufschrift auch jüdische Zeichen tragen, aber sehr wenig geschätzt sind; dann städtische Banknoten, die aber immer nur im Umkreis der betreffenden Kommune angenommen werden. Daneben wird auch mit allerlei Kupons und Briefmarken bezahlt. Seltener tauchen in der Ukraina die neuen Petersburger Noten auf, die in ungeheuren Mengen gedruckt werden und damit zur Entwertung des Rubels wesentlich beitragen. Es wurde der Vorschlag gemacht, als Ausweg aus dem Papiergeldchaos zur Devaluation, das heißt der Herabsetzung des Nennwertes der Geldsorten zu schreiten. Ob es aber dazu kommen wird und ob dieses Mittel angesichts der völligen Kontrolllosigkeit zu einem Ziel führen würde, ist völlig ungewiß.